

Nach Hetzparolen klirrten die Scheiben

Einheitspreisgeschäft von Alfred Pfingst am Wesertor war Nazis ein Dorn im Auge / Ohnmächtige Gegenwehr

Von Werner Dirks und
Kristan Kossack

Minden (y). „Spuren jüdischen Lebens in Minden“ heißt eine Serie der beiden Autoren Werner Dirks und Kristan Kossack im MT. Die heute erscheinende erste Folge befasst sich mit dem Schicksal des Einzelhändlers Alfred Pfingst.

Der jüdische Kaufmann Alfred Pfingst (1889 bis 1944) eröffnete 1931 am Wesertor/Bäckerstraße 74/76 ein Geschäft mit Einheitspreisangeboten (EPA). Bei den EPA-Läden handelte es sich um warenhausähnliche Großbetriebe des Einzelhandels, die ihr Warensortiment in wenigen festen Preisklassen verkauften. Die EPA-Geschäfte gaben Mengenrabatte der Einkaufsgenossenschaften an ihre Kunden weiter, der große Umsatz sorgte trotzdem für Gewinn. Sie erfreuten sich großer Beliebtheit, vor allem bei weniger kaufkräftigen Schichten in der Bevölkerung. In den Augen der Nazis und vieler Einzelhändler stellten sie aber ein besonderes Ärgernis dar.

Pfingst bekam die Wut der Nazis schon vor dem so genannten Aprilboykott zu spüren. Bei den Boykottaktionen am 1. April 1933 handelte es sich um die ersten reichsweit organisierten Ausschreitungen der NSDAP gegen jüdische Geschäfte, Ärzte und Rechtsanwälte. Die Nazis behaupteten zur Begründung ihres Vorgehens, dass die Juden in



Am Wesertor befand sich das Einheitspreisgeschäft von Alfred Pfingst.

Foto: Dirks

Deutschland auch Schuld seien an der ausländischen Kritik am braunen Terror nach der Machtübernahme. Die NSDAP propagierte antijüdische Racheaktionen, die sie scheinheilig „Abwehrmaßnahmen gegen jüdische Gräuelpopaganda“ nannte. Im Anschluss an eine Wahlkundgebung der NSDAP auf dem Großen Domhof am 9. März 1933 kam es erstmals zu Übergriffen gegen die EPA. NSDAP-Kreisleiter Fritz Schmidt hatte während der Kundgebung über jüdische Warenhäuser und Einheitspreisgeschäfte behauptet, dass sie ihre

Waren zu „Spottpreisen“ verkauften und den Arbeitern „Hungerlöhne“ zahlten. Von Kundgebungsteilnehmern wurde die Parole ausgegeben: „Schließt die EPA!“ Unter Führung von SA- und SS-Leuten zog eine Menschenmenge vom Domhof zum Wesertor. Hier gingen Schaufensterscheiben der EPA zu Bruch, Kunden wurden von Nazis genötigt das Geschäft zu verlassen und es wurde abgeriegelt. Anderentags hieß es beschönigend in der Lokalpresse: „Um die Volksstimung in geordnete Bahnen zu lenken“. (MT vom 10. 3. 1933)

Die EPA sowie weitere jüdische Geschäfte in der Stadt wurden erst am 13. März wieder geöffnet. (MT vom 14. 3. 1933)

Mit Anzeige gegen Vorwürfe gewehrt

Alfred Pfingst, der mit seiner Familie seit 22 Jahren in Minden lebte und im Ersten Weltkrieg Frontsoldat war, hatte sich mit zwei Zeitungsanzeigen im „Mindener Tageblatt“ und in der „Mindener Zeitung“ gegen die erhobenen Vorwürfe zur Wehr zu setzen versucht. Er wies darin darauf hin, dass er

seinen Arbeitern und Angestellten die gleichen Löhne zahle, wie andere Handelsgeschäfte, und dass sein Betrieb mitnichten zu einem Konzern gehöre. Er bezöge lediglich, ebenso wie andere Einzelhändler, einen Teil seines Warensortiments über eine Einkaufsgenossenschaft.

Auf einer weiteren Kundgebung auf dem Großen Domhof am 18. März kündigte Kreisleiter Schmidt an, dass in der folgenden Woche in Minden ein „Kampfbund gegen Konsumvereine und Warenhäuser“ aufgemacht würde. (MT, 20. 3. 1933). Am 29. März wurde berichtet, dass am Vortag die jüdischen Geschäfte in Minden erneut geschlossen worden seien (MT v. 29. 3. 1933). Am 1. April fand der reichsweite Aktionstag statt. Er begann in Minden mit einer Kundgebung auf dem Domhof. Anschließend wurden vor allen jüdischen Geschäften in der Stadt schwarze Schilder mit acht gelben Punkten aufgehängt, SA-Posten sorgten für „Beobachtung“ bzw. „Belehrung“ solcher „Volkgenossen“, die den Boykott missachteten. (MT v. 3. April 1933).

Die Angriffe auf jüdische Geschäfte hatten die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland empfindlich gestört. Sie wurden daher auf Veranlassung der Reichsregierung nach dem 1. April ausgesetzt. „NSDAP-Mitgliedern werden selbstständige Einzelaktionen gegen die Wirtschaft untersagt“ konnte man am 8. April im MT nachlesen.

Fortsetzung folgt